

Aktuelle Stellungnahmen des 32. Parteitages der KPÖ

Zum Krieg gegen den Irak

Imperialismus bedeutet Krieg – wir sagen NEIN!

Die mächtigste und stärkste Militärmacht der Welt, die USA, haben mit Unterstützung einer „Koalition der Willigen“ den Irak überfallen und besetzt. Mit ihrer militärischen Überlegenheit ist es den imperialistischen Truppen gelungen, die irakische Armee zu schlagen und das Regime von Saddam Hussein zum Untertauchen zu zwingen. Doch die Eindringlinge wurden nicht mit Blumen und Freudentänzen empfangen, sondern als Besatzer. Solange sie den Irak besetzt halten, werden sie nicht zur Ruhe kommen.

Der imperialistischen Hauptmacht, den USA, ging es in diesem Krieg nicht um Demokratie und Menschenrechte, nicht um das Aufspüren und die Vernichtung von Massenvernichtungswaffen, nicht einmal so sehr um das Regime von Saddam Hussein, das sie bis Ende der 80er Jahre tatkräftig unterstützten. Es ging den USA schlicht und einfach um Öl und um Macht. Und es ist zu befürchten, dass der Krieg gegen den Irak nicht der letzte Aggressionskrieg der USA und ihrer „Willigen“ in dieser Region bleibt.

Es gibt nach wie vor keine seriösen Hinweise auf die Existenz von Massenvernichtungswaffen, von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen. Und selbst der UNO-Waffeninspekteur Hans Blix, warnt davor, dass dem Irak Waffen oder Substanzen vom US-amerikanischen Geheimdienst untergeschoben werden könnten, um nachträglich eine Rechtfertigung für diesen völkerrechtswidrigen Krieg zu konstruieren.

Statt Demokratie wird es auf absehbare Zeit eine Militärdiktatur einer ausländischen Macht geben. Der von den USA eingesetzte Statthalter, der pensionierte General J. Garner, gehörte zu den eifrigsten Verfechtern einer kriegerischen „Lösung“ des Irak-Problems. Nun soll er der irakischen Bevölkerung „Demokratie“ beibringen. Eine seltsame Demokratie, die auf Bomben und Granaten aufbaut und in Form einer Militärdiktatur ausgeübt wird!

Die USA haben die zumindest zweitgrößten Erdölreserven der Welt, die im Irak lagern, unter ihre Kontrolle gebracht. Damit wollen sie nicht nur den Nachschub dieses wichtigen Rohstoffes für sich sichern, damit haben sie gleichzeitig auch andere imperialistische Länder und Konzerne ausgeschaltet. Frankreich, Deutschland und Russland, die sich als Friedensapostel gerierten, hatten ihre eigenen Interessen im Irak. Sie wollten mit Hilfe der UNO und den Waffeninspektoren ebenso die Kontrolle über die Erdölreserven gewinnen und „ihre“ Konzerne bei der Ausbeutung der Bodenschätze zum Zug kommen lassen. Doch die Scharfmacher in den US-amerikanischen Konzernen und ihre Männer und Frauen in der Regierung haben von Anfang an auf eine kriegerische „Lösung“ bei der Neuaufteilung der Einflusssphären orientiert. So gesehen war die US-amerikanische Aggression gegen den Irak auch ein Warnschuss vor den Bug des Europäischen Kapitals. Mit anderen Worten: die Widersprüche zwischen den imperialistischen Zentren verschärfen sich und niemand kann heute ausschließen, dass diese Widersprüche nicht schon bald in neue, unvorstellbar größere Kriege münden.

Konsequenterweise sollen nun auch nicht europäische Konzerne beim „Wiederaufbau“, also der Ausbeutung des Landes, zum Zug kommen. Ausgenommen davon sind vielleicht jene Länder, die die USA im Rahmen der „Koalition der Willigen“ unterstützten, insbesondere Großbritannien, aber auch Spanien, Polen, Tschechien und andere.

Die Rolle der UNO

Die USA haben sich bei der Vorbereitung und Durchführung des Krieges übers Völkerrecht hinweggesetzt und die UNO umgangen und entmündigt. Gegen den Widerstand zahlreicher Länder und Millionen von Menschen weltweit haben sie diesen Krieg geführt. Der UNO wird nun entweder die Möglichkeit eingeräumt, beim Wiederaufbau und bei der humanitären Hilfe im Irak eine wichtige Rolle einzunehmen, oder sie wird von den USA weiter zur Seite geschoben. Beide Optionen verschließen den Weg zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit von Ländern und Völkern auf internationaler Ebene.

Die Haltung der KPÖ

Die KPÖ verurteilt die imperialistische Aggression gegen den Irak. Wir haben uns von Anfang an in die Antikriegsbewegung eingebracht und unsere eigenständigen Positionen vertreten.

Weltweit haben Millionen von Menschen gegen den Krieg demonstriert, wir sind stolz darauf, Teil dieser Antikriegsbewegung zu sein.

Wir sind solidarisch mit der irakischen Bevölkerung, die nun – nach dem Sturz Saddam Husseins – die volle Souveränität ihres Staates wieder herstellen, die Erdölquellen und andere Reichtümer des Landes für sich nutzen und die Staatsgeschäfte in die eigenen Hände nehmen möchte.

Durch die imperialistische Kriegs- und Besatzungspolitik werden diese Anliegen zunichte gemacht.

Wir verlangen den sofortigen Abzug der imperialistischen Besatzungstruppen, die Bezahlung von Reparationen und Unterstützung für den Wiederaufbau des Landes nach langen Jahren des Embargos und einem kurzen, aber umso brutaleren Krieg.

Wir wenden uns gegen Pläne der US-Regierung, weitere Kriege gegen missliebige Staaten zu führen. Wir verurteilen die Drohungen, die von führenden US-Repräsentanten gegen Syrien, den Iran, Nordkorea u. a. ausgesprochen werden. Unter dem Schlagwort „Krieg gegen den Terror“ haben die USA nach dem 11. September 2001, den Anschlägen in New York und Washington, Kriege und andere Militäraktionen geführt. Wir verurteilen diese Kriege als imperialistische Kriege für die Neuaufteilung der Welt.

Wir verlangen den Stopp der israelischen Aggressionspolitik gegen das palästinensische Volk, die im Schatten des Krieges gegen den Irak neue Höhepunkte erreicht hat.

Wir treten für die Rückkehr zu einer Friedens- und Neutralitätspolitik Österreichs ein, die diesen Namen auch verdient. Nie wieder soll Österreich fremden Großmachtinteressen dienen. In diesem Sinne fordern wir auch den Austritt Österreichs aus der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“, die eine Komplizenschaft mit dem Krieg bedeutet, wir fordern, den Ausstieg Österreichs aus jeglicher militärischer Zusammenarbeit im Rahmen der EU, z. B. Euroarmee, Beistandsverpflichtung, gemeinsame Rüstungsprojekte, etc. Der Ankauf von Euro-Fightern ist rückgängig zu machen.